

Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Datum 17.03.2014
Dezernat V	Amt Amt 50	Öffentlichkeitsstatus öffentlich

INFORMATION

10090/14

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	25.03.2014	nicht öffentlich
Gesundheits- und Sozialausschuss	23.04.2014	öffentlich
Stadtrat	24.04.2014	öffentlich

Information zur Aufnahme und Unterbringung von Ausländern nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 – 8 Aufnahmegesetz

1. Umsetzung Drucksache 0472/12 „Grundsätze zur Unterbringung von Ausländern nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 – 8 Aufnahmegesetz“

Die Landeshauptstadt Magdeburg hat die Unterbringung von Ausländern gem. § 1 Abs.1 Satz 1 Nr. 5 - 8 Aufnahmegesetz zu sichern. Der Unterkunftsbedarf von Asylbewerbern ist im Regelfall durch Aufnahme in eine Gemeinschaftsunterkunft gem. § 53 AsylVfG zu decken und gem. § 3 AsylbLG als Sachleistung zu erbringen.

11,3 % der Asylbewerberinnen und Asylbewerber im Land Sachsen-Anhalt sind durch die Landeshauptstadt Magdeburg aufzunehmen.

Mit dem Grundsatzbeschluss zur Drucksache 0472/12 bedurfte es der Erstellung eines **Umsetzungskonzeptes der Verwaltung zur Unterbringung** von Ausländern nach § 1 Abs.1 Satz 1 Nr. 5-8 Aufnahmegesetz. In einem projekthaften Rahmen wurde unter Beteiligung verschiedener Bereiche der Verwaltung und des Integrationsbeirates das Konzept erarbeitet. Ziel ist die dezentrale Unterbringung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber unter Beachtung der gebotenen rechtlichen Möglichkeiten und Rahmenbedingungen. In Teilprojekten wurde das Drei-Stufen-Modell erarbeitet (der Grundsatzbeschlüsse aus der DS 0472/12) und zur Umsetzung gebracht und damit eine neue Qualität in der Aufnahme und der Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern erreicht.

Stufe 1 beinhaltet die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften. Die Stadt hält dafür Plätze in Gemeinschaftsunterkünften mit Betreuung in ausreichender und notwendiger Anzahl vor. In Stufe 2 erfolgt die Unterbringung in betreuten Wohngemeinschaften.

Die Unterbringung in Stufe 3 erfolgt durch Anmietung von Wohnraum mittels privatrechtlichen Mietvertrages durch die Betroffenen selbst.

Das Land Sachsen-Anhalt hat im Runderlass des Ministeriums für Inneres und Sport vom 15.01.2013 (RdErl. des MI vom 15.01.2013 – 34.11-12235/2-24.10.1.4.3) die Unterbringung geregelt. Mit diesen *Leitlinien für die Unterbringung und soziale Betreuung von nicht dauerhaft aufenthaltsberechtigten Ausländern* wurden Empfehlungen für die Unterbringung ausgesprochen. Die konkrete Ausgestaltung der Empfehlungen obliegt den Kommunen. Im Umsetzungskonzept der Landeshauptstadt Magdeburg sind die Standards festgelegt worden.

Als Standard für Wohnraumversorgung von Familien wurde festgelegt:

- Familien sind nach einer Orientierungsphase von ca. sechs Monaten aus der Gemeinschaftsunterkunft mit kommunalem Wohnraum zu versorgen. Sofern Abschiebehindernisse vorübergehend vorliegen, aufenthaltsbeendende Maßnahmen nicht durchgeführt werden können, kein Verschulden bzw. Verstoß gegen die Mitwirkungspflichten der Familienmitglieder vorliegt, ist privater Wohnraum mit eigenem Mietvertrag zu vermitteln.
 - Familien sind auch im laufenden Asylverfahren in Wohnraum unterzubringen.
 - Familien sind zur Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit bzgl. Nutzung privaten Wohnraums in der Betreuung vorzubereiten. Dazu greifen die Festlegungen aus dem Betreuungskonzept.
- Als Standard für die Wohnraumversorgung sonstiger zugewiesener Personen ist festgelegt:
- Die Wohnungsunterbringung erfolgt für alle anderen zugewiesenen Personen (Alleinstehende und Ehepaare, Personen in eheähnlicher Gemeinschaft oder erwachsene Geschwister) nach Ablauf von drei Jahren nach Zustellung des Erstbescheides
- Der Standard für das Inventar bzw. die Ausstattung in den verschiedenen Unterkunftsformen wurde entsprechend der Richtlinie für einmalige Bedarfe für SGB XII Empfänger festgelegt.

Ausnahmen (Versagungsgründe), die einer Wohnraumversorgung von zugewiesenen Personen entgegenstehen, sind:

- Verurteilungen über 50 bzw. 90 Tagessätze
- ungeklärte Identität (Vorlage eines Nachweises über die angegebenen Personalien)
- erheblicher Verstoß gegen Mitwirkungspflichten

Bestandteil des Umsetzungskonzeptes ist ein spezielles **Betreuungskonzept**.

Dessen Ziel ist, die Betreuung der Asylbewerber zu beschreiben und dauerhaft zu sichern, dabei auch die Bedarfe aufzuzeigen. Es wurden Verfahrensregelungen und Kommunikationswege verdeutlicht. Die Sicherung der Personalbesetzung für die Betreuung in GU und Wohnungen ist festgelegt.

Unterschieden wird zwischen der Betreuung und Beratung in den Gemeinschaftsunterkünften und in den Wohnungen. Eine Sozialarbeiterstelle ist dafür ausgeschrieben und wird ab April 2014 besetzt sein.

Das Drei-Stufen-Modell der Aufnahme von Asylbewerbern erforderte eine Schwerpunktsetzung der Beratung und Betreuung auch für die dezentrale Unterbringung. Die nach § 1 Abs. 2 Satz 1 Aufnahmegesetz anzubietende Beratung und Betreuung soll die Ausländer in die Lage versetzen, sich in dem für sie fremden Lebens- und Kulturbereich Deutschlands zu orientieren und ihr Leben selbständig zu gestalten.

Da die Wohnraumversorgung von Familien nach ca. sechs Monaten erfolgt, werden sie von Anfang an bei der Vorbereitung auf das selbständige Leben in einer Wohnung unterstützt.

Das geschieht durch regelmäßige Besuche zur Lösung persönlicher Probleme schulischer, gesundheitlicher, familiärer und zwischenmenschlicher Art.

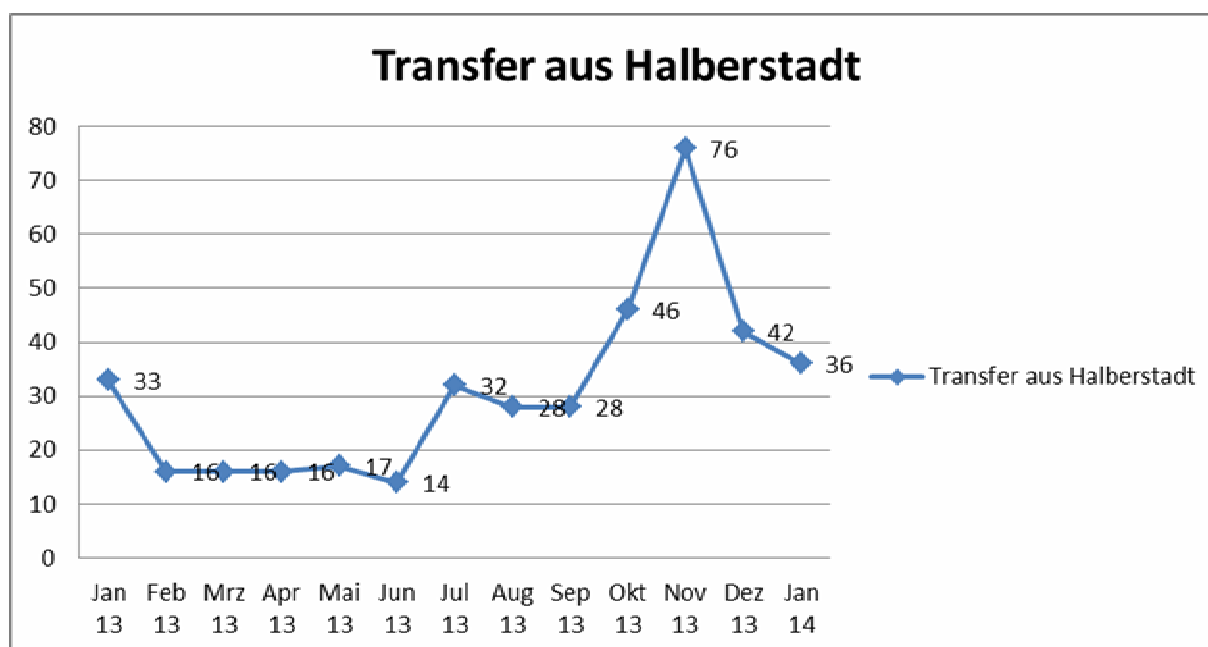
Mit jeder Familie bzw. den jeweiligen Einzelpersonen, die in eine Wohnung ziehen, wird ein Hilfeplan erarbeitet und als eine verbindliche Vereinbarung geschlossen. Damit wird der Beratungsbedarf ermittelt und der Betreuungsumfang festgelegt. Es werden gemeinsam kurz-, mittel- und langfristige Ziele gesetzt. Der Hilfeplan wird von den Sozialarbeitern in Zusammenarbeit mit den Betreuern in der Gemeinschaftsunterkunft erarbeitet.

Zur Umsetzung der Leitlinien des Landes und der Festlegungen aus der Drucksache 0427/12 sind zukünftig noch folgende Schwerpunkte gegeben:

- Die Umsetzung der Leitlinien des Landes bzgl. der Anwendung der sieben Quadratmeter Wohnfläche für Asylbewerber wird erst mit den weiteren Auszügen von Personen aus den Gemeinschaftsunterkünften möglich und kann erst ab 2015 ermöglicht werden.
- Die Kapazitätsreduzierung der Gemeinschaftsunterkunft in der Grusonstraße/Bahnikstraße auf 150 Plätze ist erst möglich, wenn entsprechende andere Aufnahmemöglichkeiten geschaffen worden sind.

2. Entwicklung der Zuwanderung und aktuelle Aufnahmezahlen

Im Jahr 2013 wurden **364 Personen** aus der Zentralen Aufnahmestelle des Landes Sachsen-Anhalts ZAST Halberstadt der Landeshauptstadt Magdeburg zugewiesen. Seit Juli 2013 ist die Zuweisung mehr als verdoppelt worden. Seit November 2013 ist der Landeshauptstadt bekannt, dass sich diese erhöhten Zuweisungen verstärken.



Darüber hinaus waren weitere Zugänge zu verzeichnen, so dass während des Jahres insgesamt 407 Personen untergebracht wurden, z.B. durch:

- Aufnahme von jungen Erwachsenen aus der Clearingstelle des Jugendamtes ,
- Geburt von Kindern,
- landesinterne Umverteilung sowie
- Wiederaufnahme von bereits zugewiesenen Personen, die „untergetaucht“ waren.

Außerdem kamen acht Aussiedler/innen über das Landesverwaltungsamt Dessau gemäß §1 Abs. 3 des Aufnahmegesetzes Sachsen-Anhalt (AufnG LSA), eine Person durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und 11 Personen über das Resettlement- Programm.

Die Prognosen wurden bisher zu Beginn eines Jahres vom Ministerium für Inneres und Sport auf Grundlage der Statistiken des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mitgeteilt.

Jedoch zeigte sich in den letzten Jahren, dass die anfänglichen Prognosen auf Grund der steigenden Asylzuwanderungszahlen bereits kurze Zeit später nicht mehr verlässlich waren und nach oben korrigiert wurden. In 2013 wurden die Zuweisungszahlen für die Stadt Magdeburg mehrfach vom Landesverwaltungsamt korrigiert, so im September und Oktober 2013.

2012

avisiert durch das Land zu Beginn des Jahres:	152
tatsächlich zugewiesene Personen:	236

2013

avisiert durch das Land zu Beginn des Jahres:	211 - 269
tatsächlich zugewiesene Personen:	364

2014

avisiert durch das Land zu Beginn des Jahres:	396
tatsächlich zugewiesene Personen per 12.02.14:	64 (prognostisch berechnet: 512)

Mit Erlass vom 17.01.2014 hat das Ministerium für Inneres und Sport zur Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zur Aufnahme von Asylbewerbern für die nächsten Monate informiert. Demnach werden monatlich 291 bis 349 Asylbewerber in Sachsen-Anhalt aufgenommen.

Die Zuweisungszahlen für die Landeshauptstadt Magdeburg liegen demnach quotengerecht (11,3 %) monatlich bei 33 bis 39 Personen = 468 Personen jährlich.

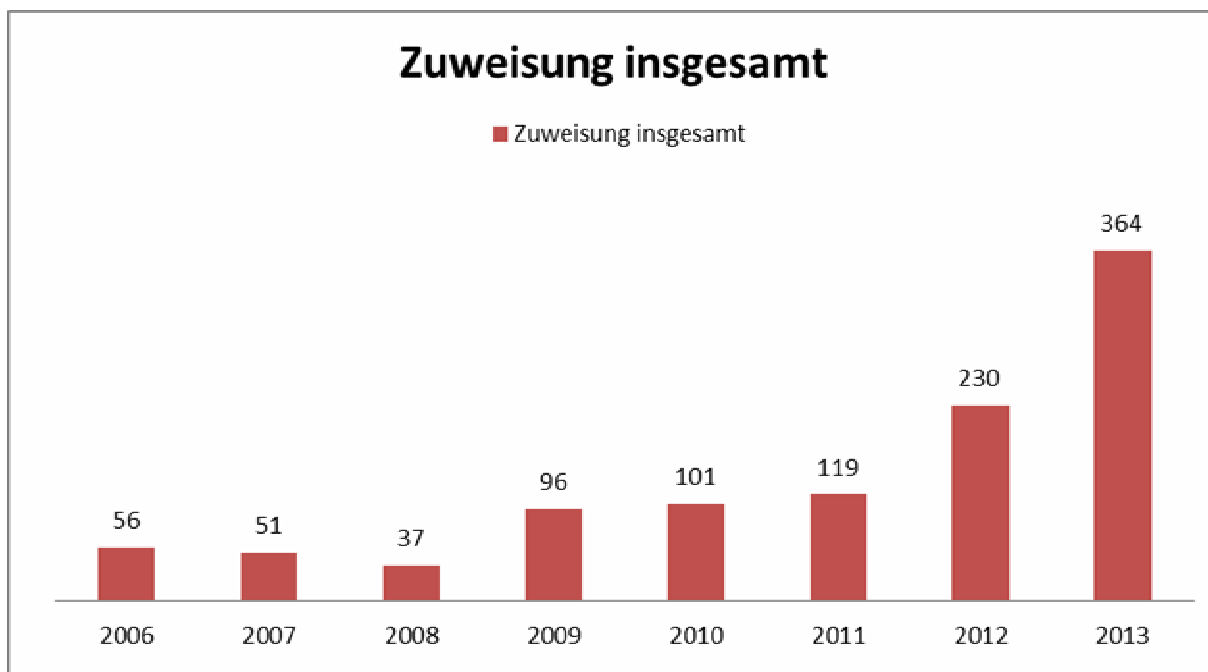
Es wird trotzdem von weiter steigenden Zuwanderungszahlen ausgegangen, so dass u.U. ca. 500 Ausländer zugewiesen und untergebracht werden müssen.

Nach eingehender Prüfung der hier vorliegenden Zahlen und deren Entwicklung in den vergangenen zwei Jahren muss festgestellt werden, dass eine zuverlässige Darstellung der künftigen Entwicklung des Unterbringungsbedarfes nicht erfolgen kann.

Ebenso lässt sich für die Zukunft keine Wanderungsstatistik darstellen.

Die Entwicklung dieser Zahlen ist zu sehr von Einflüssen geprägt, die sich weder vorhersagen noch ableiten lassen.

Auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge kann keine zuverlässigen Aussagen zu Entwicklung der Asylantragszahlen in den kommenden Monaten tätigen.



Die Bedarfsermittlung zu notwendigen Plätzen zur Unterbringung kann zunächst nur aus den Erfahrungen der letzten Monate erfolgen.

Die Aufnahme und Unterbringung von Ausländern nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 – 8 Aufnahmegesetz ist trotz der veränderten Prognosen mit der Platzkapazität der Gemeinschaftsunterkünfte bisher sichergestellt worden, denn durch die Auszüge der Familien aus den Gemeinschaftsunterkünften waren entsprechende freie Kapazitäten entstanden.

Die derzeitigen Aufnahmekapazitäten in den Gemeinschaftsunterkünften werden voraussichtlich mit der aktuellen Ankündigung ab Mitte des Jahres 2014 nicht mehr ausreichen. Unter diesen Umständen wird in 2014 der Aufbau weiterer kleinerer Gemeinschaftsunterkünfte notwendig.

3. Kapazität an Plätzen zur Aufnahme ab 2013

Aufgrund der wachsenden Zuwanderungszahlen war in 2013 eine besondere Dringlichkeit für Veränderungen und Erweiterungen in den bestehenden Aufnahmemöglichkeiten gegeben. Die Verwaltung musste in 2 Einrichtungen die vorübergehende Unterbringung für neu zugewiesene Ausländer vornehmen, nachdem sie für diese Zwecke hergerichtet worden sind.

Stufe 1: Aufnahme von Gemeinschaftsunterkünften:

- 3 Gemeinschaftsunterkünfte mit insgesamt 530 Plätze (Grusonstraße 7d,7e /Bahnikstraße 8, 8a,b, Windmühlenstraße 29, Am Deichwall 26/27).
- Ab November 2013 wurden zunächst 3 Familien in der Sozialen Wohneinrichtung für Obdachlose in der Basedowstraße 5 - 7 aufgenommen, inzwischen stehen dort 22 Plätze zur Verfügung.
- Die Aufnahmekapazität in den Gemeinschaftsunterkünften wurde von 530 auf 565 Plätze erweitert.

Stufe 2: Anmietung von kommunalem Wohnraum, Bildung von Wohngemeinschaften

- Entsprechend der Festlegungen aus der Drucksache 0427/12 und dem beschlossenen Umsetzungskonzept der Verwaltung zur Unterbringung von Ausländern nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5-8 Aufnahmegesetz in der Landeshauptstadt Magdeburg DS 0381/13 vom

03.09.2013 wurde in 2013 vor allem die Unterbringung in Wohnungen entsprechend der Stufe 2 besonders forciert.

- Aus der Prognose im Juli 2013 waren 20 Wohnungen geplant worden.
- Bis zum Jahresende waren 30 Wohnungen angemietet, in denen 96 Personen untergebracht sind. Seit März 2014 stehen weitere 4 Wohnungen zur Verfügung. Bis Ende des Jahres 2014 sollen noch bis zu 50 Wohnungen angemietet, ausgestattet und bezogen sein.

Stufe 3: Anmietung von privatem Wohnraum mit privatrechtlichen Mietverträgen

- Diese Wohnraumversorgung wurde in den letzten Jahren kontinuierlich durchgeführt. Zum Jahresende waren 169 Wohnungen von Ausländern selbst angemietet. Inzwischen leben insgesamt 369 Ausländer in ihren eigenen 178 Wohnungen.

4. Schaffung weiterer Kapazitäten zur Aufnahme und Unterbringung von Ausländern nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 - 8 Aufnahmegesetz

565 Plätze sind derzeit in den Gemeinschaftsunterkünften vorhanden, die bei gleichbleibender Entwicklung voll belegt sein werden.

Bei Aufnahme von ca. 500 Personen in Gemeinschaftsunterkünften wäre in 2014 eine größere Kapazität vorzuhalten, da bei der Unterbringung auf Religion, Geschlecht, Familienzusammengehörigkeit oder auch Krankheit Rücksicht genommen werden muss, d.h. die Nichtbelegbarkeit von Plätzen ist in Rechnung zu stellen. Es werden schrittweise Reservekapazitäten geschaffen.

- Die Unterbringungskapazität in Gemeinschaftsunterkünften wird in diesem Zusammenhang schrittweise bis Mitte des Jahres 2014 um mindestens 150 Plätze erweitert.
- Die Stufe 2 des Stufenmodells (Unterbringungskapazität in Wohngemeinschaften sowie für asylsuchende Familien in Wohnungen) wird im Jahr 2014 um bis zu 50 Wohnungen erhöht.
- Auch in der Stufe 3 des Stufenmodells wird im Jahr 2014 bedarfsgerecht mit Wohnraum versorgt.

Zur Beschaffung von Mietobjekten / Wohnungen ist die Verwaltung in Verhandlungen mit verschiedenen Anbietern. Es erfolgte eine umfangreiche Abfrage bezüglich zur Verfügung stehender Wohnungen bzw. Gebäude für kleine Gemeinschaftsunterkünfte. Die Zielstellung besteht darin, auf dem gesamten Territorium der Landeshauptstadt Magdeburg die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerber sicher zu stellen und zugleich die Konzepte für Integration, Öffentlichkeitsarbeit und Sicherheit weiter zu entwickeln.

Entsprechende Umsetzungsdrucksachen und Informationen werden zeitgerecht vorgelegt.

Brüning